Satzung des Stadtteilvereins Kattenstroth

§1

1. Der Verein führt den Namen Stadtteilverein Kattenstroth e.V., er ist in das Vereinsregister des Amtsgerichts Gütersloh eingetragen.
2. Der Verein hat seinen Sitz in Gütersloh.
3. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§2

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung in der jeweils gültigen Fassung.
2. Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§3

Zweck des Vereins ist

- die Identität der Einwohner mit dem Stadtteil zu fördern
- die Zusammenarbeit der in Kattenstroth ansässigen Vereine und Organisationen zu verbinden und zu verstärken
- Informationsaustausch mit allen Gremien, insbesondere der SR-AG in Kattenstroth
- die Interessen des Stadtteils nach außen zu vertreten und ihm mehr Gewicht zu verleihen
- ideelle und materielle Förderung von Maßnahmen, die außerhalb der Möglichkeiten einzelner natürlicher und/oder juristischer Personen im Stadtteil Kattenstroth bestehen
- Schaffung einer Kattenstrother Begegnungsstätte
- die Durchführung von Veranstaltungen wie z.B. -Stadtteilfest, -Stadtteillauf, -Herbstmarkt
- die Koordination von Terminen und Aktivitäten innerhalb des Stadtteils
- die Unterstützung der Darstellung des Stadtteils Kattenstroth in der Öffentlichkeit z.B. - Homepage, - Kattenbuerblättken

§4

1. Mitglied kann jede natürliche oder juristische Person werden, die bereit ist, den Verein in der Durchführung der Vereinszwecke ideell und/oder materiell zu unterstützen.
2. Voraussetzung für den Erwerb der Mitgliedschaft ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag, der an den Vorstand gerichtet ist. Bei beschränkt Geschäftsfähigen, insbesondere Minderjährigen, ist der Antrag auch von den gesetzlichen Vertretern zu unterschreiben. Dieser verpflichtet sich damit zur Zahlung der Mitgliedsbeiträge für den beschränkt Geschäftsfähigen.
3. Der Vorstand kann in begründeten Ausnahmefällen Aufnahmeanträge ablehnen. Die Entscheidung ist dem Antragsteller innerhalb von 6 Monaten nach Eingang des Antrages mitzuteilen. Der Antragsteller hat die Möglichkeit hiergegen die Mitgliederversammlung anzurufen. Sie beschließt auf der nächsten Jahreshauptversammlung über die Aufnahme.
4. Der Verein ehrt in der Mitgliederversammlung auf Vorschlag des erweiterten Vorstandes verdiente Mitglieder. Ehrenmitglieder sind von der Beitragspflicht befreit.

5. Mitglieder, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, haben Stimm- und Wahlrecht in der Mitgliederversammlung. Sie können in den erweiterten Vorstand gewählt werden. Mitglied des Vorstandes kann nur werden, wer volljährig ist.

§5

1. Die Mitgliedschaft endet durch Tod bzw. Auflösung bei juristischen Personen, freiwilligen Austritt oder Ausschluss durch den Vorstand.
2. Der freiwillige Austritt ist beim Vorstand schriftlich zu melden. Bei beschränkt Geschäftsfähigen, insbesondere Minderjährigen, ist die Austrittserklärung auch von den gesetzlichen Vertretern zu unterschreiben. Er ist zum Schluss des Geschäftsjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten zulässig. Der Austritt befreit nicht von der Verpflichtung zur Zahlung rückständiger Beiträge.
3. Über den Ausschluss eines Mitgliedes aus dem Verein entscheidet der erweiterte Vorstand. Der Ausschluss kann erfolgen, wenn das Mitglied das Ansehen oder die Interessen des Vereins geschädigt hat oder durch sein Verhalten eine untragbare Belastung des Vereins darstellt, insbesondere wenn es die Erfüllung der sich aus der Mitgliedschaft ergebenden Verpflichtungen verweigert. Für den Ausschluss ist innerhalb des erweiterten Vorstandes eine 2/3-Mehrheit erforderlich. Das Mitglied kann gegen den Ausschließungsbeschluss die Mitgliederversammlung anrufen, die auf der nächsten Jahreshauptversammlung hierüber beschließt.
4. Der Vorstand kann Mitglieder ebenso ausschließen, wenn sie mit mindestens zwei Jahresbeiträgen trotz Mahnung rückständig sind. Vor der Streichung ist das Mitglied noch einmal mit einer Frist von einem Monat zu mahnen. In dieser Mahnung ist auf den bevorstehenden Ausschluss gesondert hinzuweisen.

§6

1. Die Mitglieder verpflichten sich zur Zahlung eines jährlichen Mitgliederbeitrages. Die Höhe dieses Beitrages wird von der Mitgliederversammlung festgesetzt.
2. Die Beiträge sind jeweils für das laufende Geschäftsjahr bis zum 30. März zu entrichten.
3. Außer den Beiträgen können Mitglieder und Nichtmitglieder Geldbeträge und/oder Sachwerte stiften.
4. Für Beiträge und Spenden wird auf Wunsch eine Spendenquittung erteilt.

§7

Der Verein hat folgende Organe:

1. Vorstand
2. erweiterter Vorstand
3. Mitgliederversammlung

§8

1. Zum Vorstand gehören:
 - der/die 1. Vorsitzender
 - der/die 1 StellvertreterIn und GeschäftsführerIn
 - der/die 2. StellvertreterIn und SchriftführerIn
 - der/die 3. StellvertreterIn und KassenwartIn
 - der/die 4. StellvertreterIn und PressewartIn
2. Der geschäftsführende Vorstand im Sinne des § 26 BGB besteht aus dem Vorsitzenden und seinen 4 Stellvertretern. Gerichtlich und außergerichtlich wird der Verein jeweils durch zwei Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes gemeinschaftlich vertreten.

3. Aufgabe des Vorstandes ist die Leitung und Verwaltung des Vereins nach Maßgabe der Satzung, der Beschlüsse der Mitgliederversammlung und der Beschlüsse des erweiterten Vorstandes sowie die allgemeine Vertretung des Vereins nach Innen und Außen. Alle Vorstandsmitglieder sind mitverantwortlich für die Verwirklichung der Ziele und Aufgaben des Vereins. Alle Aufgaben, die durch diese Satzung nicht einem anderen Vereinsorgan übertragen sind, obliegen dem Vorstand.
4. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von 2 Jahren gewählt. Die Wiederwahl ist zulässig. Nach Fristablauf bleiben die Vorstandsmitglieder bis zum Antritt ihrer Nachfolger im Amt. In Jahren mit ungerader Jahreszahl werden der 1. Stellvertreter und Geschäftsführer, 3. Stellvertreter und Kassenwart, sowie der 1., 3. und 5. Beisitzer gewählt. In Jahren mit gerader Jahreszahl werden der 1. Vorsitzende, 2. Stellvertreter und Schriftführer, 4. Stellvertreter und Pressewart sowie der 2., 4. und 6. Beisitzer gewählt.
5. Scheidet ein Vorstandsmitglied vor Ablauf seiner/ihrer Wahlzeit aus, ist der Vorstand berechtigt, ein kommissarisches Vorstandsmitglied zu berufen. Auf diese Weise bestimmte Vorstandsmitglieder bleiben bis zur nächsten Mitgliederversammlung im Amt.
6. Der Vorstand trifft sich mind. 4 mal im Jahr, sowie nach Bedürfnis, zur Sitzung, die von dem Vorsitzenden unter Einhaltung einer 14-tägigen Ladungsfrist einzuberufen ist. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens 2 seiner Mitglieder anwesend sind. Bei Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Beschlüsse des Vorstandes werden in einem Sitzungsprotokoll niedergelegt und von mindestens zwei vertretungsberechtigten Vorstandsmitgliedern unterzeichnet.

§9

1. Zum erweiterten Vorstand gehören:
der Vorstand
und bis zu 6 Beisitzer
2. Der erweiterte Vorstand überwacht den Vorstand, er beschließt über den Ausschluss von Vereinsmitgliedern und über die Ehrung verdienter Vereinsmitglieder. Er berät über die Höhe der Beiträge und formuliert Vorschläge an die Mitgliederversammlung.
3. Der erweiterte Vorstand tritt mindestens zweimal pro Jahr zu Sitzung zusammen, die vom 1. Vorsitzenden mit einer Frist von 14 Tagen einzuberufen ist. Der erweiterte Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens vier Mitglieder, darunter zwei Mitglieder des Vorstandes anwesend sind. Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Beschlüsse des erweiterten Vorstandes werden in einem Sitzungsprotokoll niedergelegt und von mindestens zwei Mitgliedern des erweiterten Vorstandes unterzeichnet.

§10

1. Die Mitglieder des Vereins fassen ihre Beschlüsse in einer Mitgliederversammlung, die mindestens 1 mal im Jahr als Jahreshauptversammlung stattfinden muß.
2. Teilnahmeberechtigt an der Mitgliederversammlung sind alle Vereinsmitglieder. Stimmberechtigt sind alle Mitglieder, die das 16. Lebensjahr vollendet haben. Jedes stimmberechtigte Mitglied hat eine Stimme, die nur persönlich ausgeübt werden darf.
3. Die Mitgliederversammlung ist vom Vorstand schriftlich unter Angabe der Tagesordnung und unter Einhaltung einer Einladungsfrist von 14 Tagen einzuberufen. Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor der Mitgliederversammlung bei dem ersten Vorsitzenden schriftlich die Ergänzung der Tagesordnung verlangen.
4. Oberstes Organ des Vereins ist die Mitgliederversammlung, sie hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - a. den Jahresbericht vom Vorstand, Kassenwart und Kassenprüfern entgegenzunehmen und zu beraten

- b. Entlastung des Vorstandes
 - c. Wahlen zum Vorstand
 - d. Wahlen zum erweiterten Vorstand
 - e. Wahl der Kassenprüfer
 - f. die Höhe der Mitgliedsbeiträge
 - g. Aussprache und Beschlussfassung über eingegangene Anträge
 - h. über die Satzung, Änderungen der Satzung sowie die Auflösung des Vereins zu bestimmen
 - i. Ehrung von verdienten Vereinsmitgliedern.
5. Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig.
 6. Wahlen werden grundsätzlich in geheimer Abstimmung durchgeführt. Abstimmung durch Handzeichen genügt, wenn diese beantragt wird und sich kein Widerspruch ergibt. Die Mitglieder des Vorstandes und des erweiterten Vorstandes werden grundsätzlich einzeln gewählt. Listen- und Blockwahl sind unzulässig.
 7. Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse, soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, mit einfacher Stimmenmehrheit. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.
 8. Satzungsänderungen können nur mit einer $\frac{3}{4}$ -Mehrheit der anwesenden Mitglieder erfolgen.
 9. Der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter leitet die Mitgliederversammlung. Auf Vorschlag des/der Vorsitzenden kann die Mitgliederversammlung einen besonderen Versammlungsleiter bestimmen.
 10. Über die in der Mitgliederversammlung gefassten Beschlüsse wird von dem Schriftführer ein Protokoll geführt, das von ihm und dem 1. Vorsitzenden oder dem Versammlungsleiter zu unterzeichnen ist.
 11. Der Vorstand hat eine außerordentliche Mitgliederversammlung unverzüglich einzuberufen, wenn es das Interesse des Vereins erfordert, oder wenn die Einberufung von mindestens einem Drittel der stimmberechtigten Vereinsmitgliedern schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom Vorstand verlangt wird.

§11

1. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer mit dem Tagesordnungspunkt „Auflösung“ einberufenen Mitgliederversammlung mit $\frac{3}{4}$ -Mehrheit bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder beschlossen werden. Sollte bei der ersten Versammlung nicht die erforderliche Hälfte der Mitglieder anwesend sein, so ist eine zweite Versammlung schriftlich mit gleichen Fristen einzuberufen, die dann mit $\frac{3}{4}$ -Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig ist. Hierauf ist bei der Einladung zu der 2. Versammlung gesondert hinzuweisen.
2. Die Einladung zu einer Mitgliederversammlung, die über die Auflösung des Vereins beschließen soll, ist zusätzlich in den lokalen Tageszeitungen zu veröffentlichen.
3. Bei Auflösung des Vereins fällt das Vermögen des Vereins an die Stadtstiftung Gütersloh.

§12

Diese Satzung ist mit ihrer Annahme durch die Gründungsversammlung am 10.02.2004 in Gütersloh in Kraft getreten und wurde von folgenden Gründungsmitgliedern unterzeichnet:(Liste lt. Anlage).